



Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhof (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhof 3686-3698. Telegramm: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,50 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

10 Pf. [Anwarte 1917] • Nr 582

Berlin

Montag, 5. Dezember 1932

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

ABEND-AUSGABE

Zwischen Mißtrauen und Amnestie Gerechte und sein Plan

Von DR. CURT HOFF

Das Kabinett komplett — Regierungserklärung am 12. Dezember

Das Kabinett Schlegler ist jetzt vollständig und es ergibt sich, daß außer dem Rangverlust nur in zwei Ministerien Veränderungen zu verzeichnen sind: im Reichsinnenministerium, aus dem Freiherr von Gopl, der geistliche Erbeher des Verfassungsreformprojektes, ausgeschieden ist, und dem Reichsarbeitsministerium, in dem Dr. Schlegler, der unperfekteste Vorkämpfer, durch Dr. Friedrich C r u p p ersetzt worden ist. Wirtschaftsminister Professor W a r m b o l d und Reichsernährungsminister Freiherr von B r a u n sind am Sonntag vom Reichspräsidenten in ihren Ämtern bestätigt worden. Das bedeutet, daß die beiden Antipoden, die im Kabinett Papen einander scharf bekämpften, sich inzwischen über die Grundzüge des Wirtschaftsprogramms verständigt haben. Die Forderung nach der Kontingentierung der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte, deren Antändigung sich zu Repressalien gegen den deutschen Export geführt und die in den letzten Monaten die Industrie demütigt und geschädigt hat, ist wohl einseitig fallen gelassen worden und wird sich nicht als löbendes Moment bei den nahe bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen mit mehreren interessierten Staaten geltend machen.

Das Kabinett wird morgen seine erste gesäßliche Sitzung abhalten, um die p r o g r a m m a t i s c h e E r k l ä r u n g festzulegen, die vor dem Reichstag abgelesen werden soll. Ueber den Termin für die Regierungserklärung hat sich Reichstagspräsident von Schlegler gestern mit dem Reichstagspräsidenten G r ö n i n g in Verbindung gesetzt. Dieser ist in Aussicht genommen, daß der Reichstag morgen durch den Alterspräsidenten, den nationalsozialistischen Abgeordneten General W i s m a n n, formal eröffnet wird und am Mittwoch, in der zweiten Sitzung, sich konstituiert. Da die Nationalsozialisten trotz des Verlustes von 34 Sitzen die stärkste Fraktion geblieben sind, wird Göring zweifellos wieder zum Präsidenten gewählt werden, wenn die nationalsozialistische Fraktion ihr vorzugschaft. Auch in der übrigen Zusammensetzung des Reichstages wird sich kaum etwas ändern, falls die Sozialdemokraten nicht enttäuschenden den Anspruch der stärksten Fraktion anzuerkennen.

Nach der Konstituierung soll eine Vertagung des Reichstages erfolgen. Auf wie lange? Darüber wird formal noch im Aktensitzung entschieden werden. Aber man hört, daß die Regierungserklärung schon am 12. Dezember abgelesen werden, der Reichstag also nicht schon nach zwei Sitzungstagen lange Meinungsäußerungen nehmen soll. Es scheint, daß die Regierung, die den konstituierenden Sitzungen fernbleiben wird, bereit ist, sich schon in der nächsten Woche dem Reichstage vorzustellen und die politische Debatte abrollen zu lassen.

Die kommunistische Fraktion hat, wie gemeldet, vorerfolgreich schon jetzt einen Mißtrauensantrag eingebracht, der sich gegen das Gesamtministerium richtet. Wird am Schluß der politischen Aussprache dieser Antrag auch zur Abstimmung gelangen? Das ist die Frage, die heute in den Fraktionszimmern des Reichstages zur Erörterung steht. Die bürgerlichen Parteien zeigen sich bemüht, diese Abstimmung hinauszuzögern. Denn wenn sie zustande kommt, wird der Mißtrauensantrag auch angenommen. Es kommt also darauf an, ob die Nationalsozialisten in die Vertagung der Abstimmung willigen werden. Man sagt voraus, daß sie im Augenblick wenig Interesse an einer Auflösung haben, mit der die Annahme des Mißtrauensansatzes von der Regierung beantwortet werden müßte.

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Thüringen, die gestern durchgeführte Wahlen, sind für sie alles eher als ermutigend. Sie haben liberaler Verhältnisse zu verzeichnen gehabt, die gegenüber den Wahlen vom 31. Juli teilweise die Hälfte der damals ertrotzten Stimmen ausmachten. Und das trotz verheerender Anstrengungen, die dem Ziele galte, die neue Wählerliste an Hindenburg durch einen überwältigenden Wählerfluß zu unterbreiten.

Der folgende Sonntag hat gezeigt, daß die Spekulation falsch war, daß der Wähler durch die Vertagung der oppositionellen Haltung nicht getrennt, sondern befestigt wurde. Ihre Gesinnung nach Neuwahlen zum Reichstag kann kaum sehr groß sein. Dagegen zeigt sich bei ihnen ein starkes Interesse für eine politische Amnestie. Es wird an-

genommen, daß sie, ebenso wie die Kommunisten, einen Instanzentwurf über die Amnestierung politischer Verurteilter und die Einstellung schwäbender Verfahren einbringen wollen. Eine Auflösung des Reichstages würde die Verabschiedung eines Amnestiegesetzes unmöglich machen. Es kann also sein, daß die Nationalsozialisten die Gelegenheit wahrnehmen, um dieser Amnestie willen für eine Vertagung der Kampf-Abstimmungen einzutreten.

Siehe auch dritte Seite

Die neuen Handelsverträge

Die Verhandlung über ein einheitliches Wirtschaftsprogramm, die gestern amnesten dem Reichsernährungsminister und dem Wirtschaftsminister erfolgte, ist unter Mitwirkung des Reichsaussenministers von Neurath und des Reichsfinanzministers Graf Schwerin-Krosigk, zustandgekommen.

Die Regierung wird zunächst den Ablauf der Handelsverträge abwarten, die von Deutschland in der letzten Zeit getätigt worden sind. Es handelt sich um die Verträge mit Holland, Schweden und Jugoslawien, die am 1. Januar, am 15. Februar und am 1. März abgeschlossen. Dadurch werden die deutschen Zollsätze für zahlreiche landwirtschaftliche Produkte wie Holz, Schmalz, Eier usw. frei werden.

Durch Verhandlungen mit den betreffenden Staaten sollen die neuen Zölle so geregelt werden, daß dem Reich eine gewisse Bewegungsfreiheit bleibt. Vor allem scheinen die Vereinbarungen zwischen dem beiden Ministern vorzusehen, daß nicht in der Zeit bis zum Ablauf der Verhandlungen eine Boreinstellung der landwirtschaftlichen Produkte vorgenommen wird, durch die später der Markt in Deutschland ungenügend befristet werden könnte.

Da heute in Berlin die englische Kommission eintrifft, die über die deutsch-englischen handelspolitischen Differenzen verhandeln soll, ergibt sich, daß schon von jetzt an die ganze nächste Zeit mit handelspolitischen Verhandlungen ausgefüllt sein wird.

Drei-Mächte-Konferenz bei MacDonald

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 5. DEZEMBER

Heute vormittag hat im Hotel Beau-Rivage, wo die englische Delegation wohnt, das bisher wichtigste der Genfer Abklärungsgespräche begonnen. Im Salon MacDonalds haben sich die Hauptmitglieder der englischen Delegation, also vor allem MacDonald selbst und der Außenminister Sir John Simon, mit dem amerikanischen Delegierten Norman Davis und dem französischen Ministerpräsidenten Herriot, sowie seinem Kriegsminister Paul-Boncour und noch anderen Mitgliebrern der amerikanischen und der französischen Delegation zusammengefunden. Es ist kein Zweifel, daß diese Sitzung hauptsächlich dem gilt, was man hier mehr und mehr sich demüht hat, **die deutsche Frage** zu nennen und damit dem Schicksal der Abklärungskonferenz.

Die Besprechung wurde nach ein Uhr unterbrochen, weil sich sämtliche Teilnehmer zu einem großen Frühstück zum Präsidenten der Abklärungskonferenz Henderson begeben, zu dem natürlich auch eine Reihe anderer Delegationsmitglieder früher schon in Genuß gewesen, eingeladen waren. Um 3 Uhr nachmittags soll die Besprechung wieder aufgenommen werden.

Es heißt jetzt, daß Herriot unter allen Umständen morgen abend gehen verlassen muß, weil er Mittwoch vormittag an einem wichtigen Ministerialeitagungenem zu kommen ist. Herriot soll sich bereit erklärt haben, in eine Unterredung der Abklärungskonferenz auf längere Zeit nach dem amerikanischen Botschafter einzuwilligen, aber nur, falls Deutschland drauf einget, die Gleichberechtigung ebenfalls zu verlangen. In diesem Fall würden in der Weizsäcker abzuführende Konvention weder die Sicherheitsbestimmungen des französischen Planes, noch die Formel der deutschen Gleichberechtigung aufgenommen werden. Sämtliche unerledigten Fragen würden vielmehr an die künftige Berlin-Konferenz übertragen, die einer Zeit von Sechswöchigen überdauern werden. Man sieht indessen hier in vielen Kreisen voraus, daß diese Formel für Deutschland am a n n e h m b a r sein dürfte.

Ein englisches Sprichwort sagt: Gib einem Hund einen solchen Namen, und er wird ihn bald verdienen. Das kann schon richtig sein. Freutz bleibt indessen, ob auch die Umkehrung des Spruches gilt. Es hängt das wohl im wesentlichen von der Art und vom Charakter des Hundes ab. Bei uns in Deutschland magt man in Politik und Wirtschaft jetzt manchmal Proben darauf. Man spricht nicht mehr von Unterthan und Obigkeit, man spricht vom Volk und seiner autorisierenden Führung. Man spricht nicht mehr von Sozialisierung oder Kommunifizierung der Betriebe, sondern von Plan- und Gemeinwirtschaft, und wenn man von „freier Kreditöffnung“ redet, so bestt man an Arbeitsbeschaffung, an Straßen und Bauten und leineweswegs an Inflation.

Die neue Reichsregierung untersteht sich auch dadurch von der alten, daß ein neuer Kommissar berufen worden ist. Der Kommissar heißt Gerechte, ist Kandidat a. D. und Präsident des deutschen Bundesinstitutes. Das Ziel seines amtlichen Strebens soll die Beschaffung von Arbeit sein. Dagegen ist gleich nichts zu erlernen. An Gerechtigkeit, es ist schon besser, daß die Reichsregierung sich unter den abwaltenden Verhältnissen mehr mit des Lebens Notdurft als mit der Maßgabe Bismarcks befaßt. Auch die Befassung mit des Lebens Notdurft heißt, wenn sie das Leben nicht vermehren, sondern spürbar vermindern will, ein hohes Maß von wirtschaftlicher und sozialer Einigkeit, von politischem Geduld, von Tatkraft und Fleißigkeit voraus. Der Vorkämpfer dieser Gerechte vereinigt von diesen Eigenschaften manches in seiner Person. Alle könnte man mit dem neuen Amt und seinem Zeile durchdauern suchen sein und auch in dieser Hinsicht von der Zukunft etwas mehr erwarten, als die Vergangenheit geboten hat.

Indessen wird man sich aus diesem Anlaß auch daran erinnern, daß erstmals im Sommer dieses Jahres, und dann in kurzen Zeitabständen immer wieder die Rede von einem Plan war, der die Bezeichnung „Gerechte - Plan“ trug. Dieser Plan hat mehrfach Inhalt und Gestalt gewechselt, und manchmal so gründlich, daß man ihn auf den ersten Blick wieder erkennen konnte. Zum Schluß hat er sogar ganz anders, aber leider nicht weniger bedeutend aus-

gesehen. Man könnte vom Standpunkte der Wähler aus gehen. Von diesem Standpunkte aus aber muß man jeden Plan zur Beschaffung von Arbeit durch öffentliche Körperchaften betrachten, denn ohne solche Betrachtung sind alle diese Pläne gleich gut und falsch. Der Gerechte-Plan unterschied sich von anderen Plänen dadurch, daß nicht die zentralen Stellen im Reich, sondern die G e m e i n d e n zu Trägern der Arbeitsbeschaffung gemächt, und daß auf diesem Wege auch die erforderlichen Geldmittel beschafft werden sollten. Aber wie denn, mit der Wie fragen, die Gemeinden haben doch so schon kein Geld, und einige noch ihnen sollen sogar in dem vorgeschätzten Zustand sein, den man im privaten und bürgerlichen Leben als den der Pleite kennt. Nach dem Gerechte-Plan sollte dieser Laibabend jedoch kein Zeiniss sein. Der Mangel an Geld sollte durch „Kreditöffnung“ besorgt werden, und zwar in der Weise, daß den Gemeinden Girokonten bei den Sparkassen und Landesbanken eröffnet wurden, über die sie dann, um das Glück des finanziellen Überflusses voll zu machen, auch noch zinslos verfügen konnten. Der Anfang einer neuen Inflation! Keine Spar-, so hoch es, Inflation gibt es doch, wenn über den Bedarf eines bestimmten Wirtschaftsvolumens hinaus neue Noten in den Verkehr gedrückt werden, während hier das Wirtschaftsvolumen selbst durch die geplanten Arbeiter erneuert und zudem auch keine neuen Noten gedruckt, sondern nur neue Girokonten geschaffen werden.

Dieses alles aber wollte die Kritik nicht gelten lassen. Sie setzte sich heftig ein, und verfuhr mit diesen und ähnlichen Argumenten, man muß schon zeigen, schonungslos. Da las man in der Zeit- und Tagespresse, daß die Erweiterung des Wirtschaftsvolumens mit der Durchführung der Pläne zu Ende, die Erweiterung des Kreditvolumens aber, der Laufzeit der Kredite entsprechend, von fünfundsamzig über dreißigjähriger Dauer sei. Daß es vom Standpunkt der Wähler aus gesehen ganz gleich sei, ob man zuzuließendes Bargeld oder zuzuließendes Budget schaffe, und daß überliches das Budget sehr schnell die Form des Bargeldes annehmen würde, allwieder man es zu Lohnabhängigen verwenden müßte. Die Zinslosigkeit der Girokonten sei übrigens noch eine besondere Forderung, weil damit in den Reichsbanken der Kapitalverdienst ein Loch gerissen würde, das letzten Endes doch wieder von der Reichsbank gestopft werden müßte.

Also las man es in der Kritik mit dem Erfolge, daß als erstes die Zinslosigkeit aus dem Plane entfiel. Ihre folge